

3008/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Haider und Kollegen haben am 3. Oktober 1997 unter der Nr. 3036/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sonderverträge für Ministersekretäre“ gerichtet. Diese aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 und 3:

Im Sinne des § 7 Abs. 10 des Bundesministeriengesetzes 1986 ist im Bundesministerium für Landesverteidigung ein „Kabinett des Bundesministers“ eingerichtet, dem die - mit eigenen in der Geschäftseinteilung der Zentralstelle angeführten Agenden ausgestatteten - Stabsstellen „Adjutantur“, „Presse- und Informationsdienst“, „Büro für Wehrpolitik“ und „Gruppe Kontrollbüro“ angehören. Ich gehe davon aus, daß im vorliegenden Zusammenhang nur jene Bediensteten der Adjutantur angesprochen sind, die meinen unmittelbaren Mitarbeiterstab bilden. Demzufolge stehen mir - abgesehen vom erforderlichen Hilfspersonal für Sekretariatsarbeiten bzw. administrative Tätigkeiten - fünf Bedienstete zur Verfügung (1/VerwGrp H1, 1/VerwGrp H2, 1/VerwGrp A2 und 2/Arbeitsleihverträge).

Zu 2:

Name	Aufgabenbereich
Bgdr SINN	1. Adjutant
Obstl KUBISKA	2. Adjutant
Dr. THANNER	Sekretär
Mag. KULLNIG	Sekretär
Adir. SCHABUS	Sekretariat

Zu 4:

Die Entlohnung dieser Personen basiert auf den Bestimmungen des Gehaltsgesetzes 1956 bzw. des ABGB.

Zu 5 und 6:

Entfällt.

Zu 7:

Für den erwähnten Personenkreis sind Überstunden sowohl in pauschalierter Form als auch im Wege einer Einzelabgeltung vorgesehen. Nähere Angaben können aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht bekannt gegeben werden.

Zu 8:

Wie meiner Beantwortung zu 1 und 3 zu entnehmen ist, besteht mit keinem der erwähnten Bediensteten ein Sondervertrag. Im Falle der beiden Arbeitsleihverträge ist davon auszugehen, daß diese Mitarbeiter infolge des Wechsels ihres Arbeitsplatzes keine finanzielle Einbußen im Vergleich zu ihrer früheren Tätigkeit erleiden sollten, was angesichts ihrer hohen qualitativen und zeitlichen Beanspruchung wohl verständlich ist.

Zu 9:

Die Personalkosten betragen für den Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1997 rund 1,9 Millionen Schilling; daraus resultiert eine Pro - Kopf - Quote von monatlich rund S 64.000. - brutto. Nicht enthalten in diesen Zahlen ist der budgetäre Aufwand für die angeführten Arbeitsleihverträge, zumal diese nicht dem Personalaufwand, sondern dem Sachaufwand zuzurechnen sind.

Zu 10:

Im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung (Zentralleitung) wurden keine Sonderverträge mit Spitzenbeamten abgeschlossen.